

Axel Jansen

März 2006

Patriotismus- und Eliteninszenierung im deutschen Hochschulreformdiskurs.
Analyse des „offenen Briefes“ der Initiative Zukunft Wissenschaft vom September 2005¹

1. Einleitung

Es ist eine gängige Beobachtung, daß die Debatte über eine Reform der deutschen Universität von Amerikaverweisen durchzogen ist. Diejenigen, die sich in den vergangenen Jahren als „Reformer“ positioniert haben, verweisen gern und oft auf das amerikanische Hochschulsystem als Modell für die deutschen Universitäten. Deren Kritiker heben dann nicht selten berechtigt hervor, daß U.S.-Universitäten zwar als Vorbild für deutsche Hochschulen dienen mögen, aber in einem anderen Sinne, als von den Reformern unterstellt. Im vergangenen Jahr etwa war in *Forschung und Lehre* zu lesen, daß im „Hochschulsystem der Vereinigten Staaten ... Akkreditierung auf verschiedenen Ebenen seit mehr als einem halben Jahrhundert genutzt“ werde.² Die Autoren heben hervor, daß die Akkreditierung dort „Ersatz für staatliche Ordnungspolitik und Korrelat eines Höchstmaßes an Hochschulautonomie“ und von daher auch deutschen Hochschulen anzuempfehlen sei. Nur wenige Seiten entfernt weist ein in den USA tätiger Kollege darauf hin, daß gerade die sehr guten amerikanischen Universitäten sich nicht um die Akkreditierung kümmern, weil sie dann nur unnötig eingeengt würden.³

Es spiegeln sich im Amerikadiskurs aber nicht nur unterschiedliche Vorstellungen und Ideale davon, wie die deutsche Hochschule aussehen sollte. Die Auseinandersetzung über die USA, die stellvertretend für etwas anderes stehen, erstreckt sich auf viele Le-

¹ Überarbeitete Fassung eines Vortrags, den ich am 2. März 2006 an der J. W. Goethe-Universität Frankfurt auf der vom SFB/FK 435 („Wissenskultur und gesellschaftlicher Wandel“) veranstalteten Tagung „Zwischen Idee und Zweckorientierung. Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945“ gehalten habe.

² *Forschung und Lehre*, Heft 9/2005, S. 484

³ Ebd., S. 477

bensbereiche. Diese merkwürdige Rolle, die die USA auch in Diskursen in der deutschen Öffentlichkeit spielen, ist schwer zu greifen und ich will erst gar nicht versuchen, sie im Rahmen dieser Ausführungen zu beschreiben oder in ihren vielen Dimensionen zu analysieren.

Nicht summarisch möchte ich auf dieses Phänomen eingehen, sondern es anhand eines Beispiels zu erschließen versuchen. Eine Art Probebohrung möchte ich vornehmen, von der ich mir erhoffe, die Wirkmächtigkeit des Phänomens verdeutlichen und exemplarisch ein Licht auf unausgesprochene Prämissen werfen zu können, die im Hochschulreformdiskurs von den Teilnehmern übernommen und perpetuiert werden und in ihrer Bedeutung über diesen hinaus reichen. Dabei soll ein Dokument im Detail analysiert werden, welches im vergangenen Jahr die Aufmerksamkeit auf sich zog, nämlich der „offene Brief“, den deutsche Nachwuchswissenschaftler abgefaßt haben, die sich zu diesem Zeitpunkt im Rahmen von Forschungsstipendien in den USA aufhielten. Über den offenen Brief der Initiative Zukunft Wissenschaft wurde in der deutschen Presse ausführlich berichtet. Im Rahmen einer sequenzanalytischen Textauslegung möchte ich die dem Dokument innewohnenden Voraussetzungen möglichst deutlich explizieren und thesenartig zuspitzen. Auch werde ich aus forschungsstrategischen Gründen zunächst künstlich ausblenden, wer die Autoren sind, um die Eigenart des Textes auf der Basis seiner Eigentümlichkeiten besser bestimmen zu können. Dabei soll sehr genau, mit Blick auf bisweilen unscheinbare Nuancen gearbeitet werden, um dann allmählich in größeren Schritten vorzugehen und die Beobachtungen abschließend in einen Zusammenhang zu stellen.

2. Textanalyse

Der Brief, in der im Internet zugänglichen Fassung, beginnt wie folgt⁴:

Zukunft Wissenschaft:

Initiative deutscher Auslandswissenschaftler für eine attraktivere Hochschullandschaft

⁴ Der Brief ist als PDF-Datei auf der Website der Initiative Zukunft Wissenschaft zugänglich (<http://www.zukunft-wissenschaft.de>, 28. Februar 2006). Die Formatierungen der zitierten Textpassagen entsprechen dem Original. Die folgende Interpretation, die ich natürlich allein zu verantworten habe, geht zurück auf eine Analysesitzung der Arbeitsgruppe Wissenschaftsgeschichte/Wissenschaftssoziologie an der J. W. Goethe-Universität Frankfurt. Besonders dankbar bin ich Andreas Franzmann, Johannes Hätscher, Peter Münte und Oliver Schmidke.

Zunächst fällt auf, daß der Brief in der hier vorliegenden Form weder adressiert noch datiert ist. Es ist möglich, daß diese Elemente später getilgt wurden. Durch die Überschrift erhält der Text den Charakter eines Manifests. Der Titel – „Zukunft Wissenschaft“ – wirkt deklamatorisch. Was genau ist gemeint? Wie sind die beiden Substantive zu verbinden? Ähnliche Substantivkombinationen wären etwa „Tatort Wohnzimmer“ oder „Problemzone Banlieue“. In diesen beiden Fällen läßt sich die Überschrift durch ein „als“ ergänzen, wie etwa in „Das Wohnzimmer als Tatort“ bzw. „Die Banlieue als Problemzone“. Überträgt man dieses Muster auf „Zukunft Wissenschaft“ erhält man die Langform „Die Wissenschaft als Zukunft“. Was kann gemeint sein? Für wen könnte sich die Zukunft so darstellen, daß sie sich vor allem durch Wissenschaft gestaltet? Die Zukunft einer politischen Gemeinschaft jedenfalls läßt sich schwer als eine solche denken, weil deren Zukunft politisch bestimmt wird. Freilich kann hier nicht ausgeschlossen werden, daß man es mit einer technokratischen Planungsutopie zu tun hat. Eine andere Deutungsmöglichkeit ergibt sich, wenn man voraussetzt, daß es nicht um die Zukunft einer politischen Gemeinschaft, sondern um diejenige eines Wissenschaftlers geht, der sich der Wissenschaft widmet und der in ihr die eigene Zukunft sieht oder sich wünscht.

Ergriffen wurde die Initiative von „deutschen Auslandswissenschaftlern“. Wodurch unterscheiden sich diese von ihren Kollegen? Es ist nicht ungewöhnlich, sich als Wissenschaftler zeitweilig im Ausland aufzuhalten. Der Gebrauch des Wortes ist auch dann ungewöhnlich, wenn man von einem Kollegen spricht, der einen Ruf an eine Universität im Ausland angenommen, sich also dauerhaft ins Ausland verabschiedet hat. Eine solche dauerhafte Verlegung des Wohnsitzes wird in einem ähnlichen Wort, in „Auslandsdeutscher“ markiert. „Ausland“ bezeichnet hier nicht den Gegenstand, so wie dies in „Auslandskorrespondent“ der Fall wäre. Diese Möglichkeit scheidet für den Wissenschaftler aus. Für den universalistisch verfaßten wissenschaftlichen Diskurs, so könnte man es sagen, gibt es kein Ausland. Die Betonung wird also darauf gelegt, daß es sich um deutsche Wissenschaftler handelt, die sich auf Dauer im Ausland aufhalten, ihren Wohnsitz dorthin verlegt haben, ihrem Herkunftsland aber nach wie vor verbunden sind.

Diese Gruppe setzt sich nun für eine „attraktivere Hochschullandschaft“ ein. In Hinsicht auf ihre Forschungsleistung würde man von einer innovativen Universität nicht zunächst sagen, daß sie „attraktiv“, sondern daß sie etwa „gut“ ist. Aus der Qualität der Hochschule ergibt sich aus der Perspektive eines Wissenschaftlers dann eine „Attraktivität“. Auch wenn das Adjektiv „attraktiv“ in einem hochschulpolitischen Zusammenhang gebraucht wird, rücken damit Fragen der Rekrutierung von Personal in den Blick: Es

wird dann die Frage aufgeworfen, inwiefern eine Universität interessante Wissenschaftler anzuziehen vermag.

Hier geht es nun offensichtlich darum, daß es einer Hochschullandschaft – wohl der deutschen – aus der Perspektive der Verfasser dieses Schreibens an Attraktivität mangelt. Für sie kommen diese Hochschulen als eine Karriereoption deshalb nicht ernsthaft in Betracht. Obwohl man sich aber im Ausland eingerichtet hat, würde man durchaus in Betracht ziehen, nach Deutschland zurückzukehren.

Weil sie Deutschland noch immer verbunden sind, nehmen sich diese Wissenschaftler nun aber doch des Problems der mangelnden Anziehungskraft deutscher Hochschulen an. Sie rufen eine „Initiative“ ins Leben und erklären die Schwierigkeiten der Rekrutierung dieses Personals zu einem dringenden politischen Problem. Sie unterstellen damit ein Scheitern der Hochschulleitungen und der verantwortlichen Politiker, denn diese haben es nicht vermocht, eine solche Attraktivität herzustellen. Als Bürger sehen sich die Auslandswissenschaftler gezwungen, sich an die Öffentlichkeit zu wenden. Hier fügt sich die Verwendung des Begriffs „Hochschullandschaft“ ein: Es geht nicht um einzelne Hochschulen, sondern um das Arrangement – um Fragen, die über die Zuständigkeiten einzelner Universitäten hinausgreifen.

Offener Brief an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie sowie an die zuständigen Ministerinnen und Minister für Wissenschaft in den Ländern

Der Text hatte sich bereits eingangs wie ein Manifest gelesen und er wird an dieser Stelle konsequenterweise als ein „offener Brief“ bezeichnet. Wie schon zu sehen war, muß die Angelegenheit, um die es hier geht, das politische Gemeinwohl betreffen, denn nur dann ist der Brief für die Öffentlichkeit von Belang. So kann der Adressat des Briefes nicht Privatmann sein, sondern muß ein öffentliches Amt bekleiden oder in der Öffentlichkeit eine besondere Rolle einnehmen. Ein „offener Brief“ zielt auf eine öffentliche Reaktion des Adressierten. Dadurch wird die Auseinandersetzung verschärft, weil vorausgesetzt wird, daß nicht-öffentliche Kanäle der Verständigung erfolglos bemüht wurden.

Noch immer ist hier keine konkrete Adressierung zu finden – anstatt dessen haben wir eine weitere Überschrift vor uns, die derjenigen eines Memorandums ähnelt. Wenn eine Adressierung auch im weiteren nicht folgt: Wie muß man diese Auslassung erklären? Entweder der Brief war zunächst adressiert und die Adressen wurden später

getilgt, so daß man hier nicht eine Kopie des Originals vor sich hätte; oder aber das Schreiben wurde schon gleich in der hier vorliegenden Form versandt. In jedem Fall kommt es den Autoren nicht auf Formalitäten an. Dies entspricht aber nicht einfach nur einer informellen, unkomplizierten Haltung. Vielmehr nehmen sie die Bundesministerin und die Minister der Länder vor allem als Funktionäre wahr, nicht als konkrete Personen, die ihrer Aufgabe persönlich verpflichtet wären, denn in diesem Fall wäre es ihnen auch später unmöglich gewesen, die Adressierung zu tilgen, in der die angeschriebene Person als konkrete adressiert und anerkannt wird – ein Ausdruck der Anerkennung, den man auch später nicht würde tilgen wollen. Aus dieser Überlegung ergibt sich, daß es den Autoren nicht auf eine verbindliche Auseinandersetzung in der Sache ankommt, denn diese setzt die achtungsvolle Anerkennung der Minister voraus, zu der die konkrete Adressierung ganz wesentlich gehört.

Zwei weitere Anmerkungen zu dieser Stelle: Der Brief ist nicht nur an die Bundesregierung gerichtet, sondern summarisch an die für Wissenschaft politisch Verantwortlichen der Exekutive auf Bundes- und Landesebene. Indem die Initiative sich zunächst an die Politik richtet, unterstellt sie, daß hier die wichtigen Weichenstellungen für eine grundlegende Verbesserung der „Attraktivität“ der Hochschulen in Deutschland vorgenommen werden. Die Gründe für die von ihnen attestierten Mängel deutscher Hochschulen verorten sie also weniger in den Universitäten selbst. Dabei wird die Bundesministerin zuerst adressiert. Warum? Immerhin liegt ja die Kompetenz für Wissenschaftspolitik trotz Hochschulrahmengesetz noch immer ganz wesentlich bei den Ländern. Insgesamt wird Berlin auch dadurch aufgewertet, daß die Kultusminister der Länder summarisch als „für Wissenschaft zuständig“ bezeichnet werden. Der Brief richtet sich an die Entscheidungselite und dort wiederum an deren Spitze. Es erhärtet sich der Eindruck, daß die Initiative in der Annahme vorgeht, daß die Probleme tendenziell zentralstaatlich, von oben her, gelöst werden. Es ergibt sich immer mehr die Frage, inwiefern die Position der Autoren von der Linie der Reformen abweicht, für die ja das Zentralstaatliche gerade charakteristisch ist. Eine solche Abweichung muß man aber noch immer unterstellen, denn immerhin hat man es mit einem „offenen Brief“ zu tun.

Der eigentliche Brief beginnt dann wie folgt:

„Wir, deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler¹, ...“

Die Anmerkung ist auf der nachfolgenden Seite zwei zu finden:

„Aus Gründen der Lesbarkeit nutzen wir im Folgenden ausschließlich die männliche Form. Selbstverständlich beziehen sich alle Ausführungen gleichermaßen auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.“

Selbst wenn auf diesen Briefbeginn eine Beobachtung oder eine Anklage folgt, sind diese gerahmt durch einen bekennenden Einstieg, in dem sich die Autoren des Briefes zunächst einmal erklären. Wir haben schon erfahren, daß es sich um „Auslandswissenschaftler“ handelt, nun wird die deutsche Staatsbürgerschaft zusätzlich unterstrichen. Die Autoren rücken sich als Bürger und für das Gemeinwesen Mitverantwortliche in den Blick. Dabei treten sie als Betroffene der Wissenschaftspolitik der Länder und des Bundes auf und unterstellen, daß die von ihnen vertretenen Argumente ein besonderes Gewicht haben werden, weil sie von „Auslandswissenschaftlern“ vorgetragen werden. Andernfalls wäre es stringent gewesen, die Sache – nicht die Person – an den Anfang zu stellen, so wie man dies für einen offenen Brief eher erwarten würde.

Gleich der erste Satz wird durch einen Einschub unterbrochen und zusätzlich mit einer Anmerkung versehen. Es wird unterstellt, daß Frauen sich zunächst einmal ausgeschlossen fühlen, wenn sie nicht explizit eingeschlossen werden. Die Lesbarkeit des Briefes wird just durch diejenige Maßnahme behindert, die seiner Lesbarkeit dienen soll. Man muß davon ausgehen, daß dieser in die Öffentlichkeit gerichtete Text gut durchgearbeitet wurde. Daß die Anmerkung diesen Bearbeitungszyklen stand hielt, zeugt von der großen Bedeutung, die die Autoren dem Moralischen zuerkennen.

Insgesamt ist der Einstieg wenig energisch gestaltet, er bringt einen großen Tempoverlust mit sich. Es wird nicht die Sache, sondern das persönliche Bekenntnis ins Zentrum gerückt. Die Art und Weise, wie die Autoren den Briefbeginn gestalten, setzt voraus, daß es ihnen zusteht, das Persönliche nicht nur nicht in den Hintergrund zu stellen, sondern zu betonen.

„... arbeiten derzeit an Universitäten und Forschungseinrichtungen in Nordamerika.“

Der Aufenthalt im Ausland ist zeitlich eingeschränkt. Dies widerspricht der Dauerhaftigkeit, die der Begriff „Auslandswissenschaftler“ nahelegt. Es handelt sich um Kollegen, die sich im Rahmen von Austauschprogrammen oder während eines Forschungsseme-

sters in den USA oder Kanada aufhalten und dies dann als einen Kompetenzausweis deklarieren. Die wissenschaftspolitische Kritik, die noch folgen muß, soll durch eine Distanzierung von Deutschland verstärkt werden. Diese Distanz ist aber nicht wirklich gegeben, denn der Wohnort ist nicht dauerhaft ins Ausland verlegt, so wie dies der Begriff des „Auslandswissenschaftlers“ zunächst suggerierte. Es sollen also nationale Ungebundenheit und die Zugehörigkeit zu einer internationalen Elite inszeniert werden. Immer deutlicher kristallisiert sich heraus, daß der Auslandsaufenthalt strategisch in Szene gesetzt werden soll.

„Jeder von uns steht demnächst vor der Entscheidung, entweder nach Deutschland zurückzukehren oder eine dauerhafte wissenschaftliche Karriere im Ausland zu verfolgen.“

Die Initiative will sich für eine „attraktivere Hochschullandschaft“ in Deutschland einsetzen. Zu erwarten wäre etwa ein Katalog an Reformvorschlägen und, weil der Brief an die verantwortlichen Minister gerichtet ist, Kritik an deren Hochschulpolitik. Die Verfasser des Briefes entscheiden sich aber dafür, die konkreten Probleme weiter auszusparen und zunächst eine Drohkulisse aufzubauen: Wenn sich die Bedingungen in Deutschland nicht verbessern, dann werden sie gezwungenermaßen im Ausland bleiben müssen. Die Autoren hätten sich darauf beschränken können, zu schreiben, daß sie vor der Wahl stünden, nach Deutschland zurückzukehren oder „für längere Zeit die Karriere im Ausland verfolgen zu müssen“. Die Drohkulisse besteht darin, daß sie ihre wissenschaftliche Karriere nicht nur zeitweilig, sondern auf Dauer ins Ausland zu verlegen in Betracht ziehen. Dabei unterstellen sie, daß ihnen die Entscheidung für den Verbleib in den USA oder Kanada offensteht und daß sie dort wenigstens nicht ganz unberechtigt auf entsprechende Berufungen und Arbeitsvisen hoffen können. Insofern es sich um Nachwuchswissenschaftler handelt, die sich im Rahmen von Stipendienprogrammen in den USA aufhalten (und diese Vermutung erhärtet sich aufgrund der aufgeworfenen Frage einer „dauerhaften wissenschaftlichen Karriere“), wird dieses Ziel mit zahlreichen Hindernissen verbunden sein.

„Interessiert an einer Rückkehr nach Deutschland, sehen wir jedoch deutliche Hindernisse bei einer solchen Entscheidung ‚für Deutschland‘.“

Die Rückkehr nach Deutschland und die damit verbundene Stärkung der deutschen Wissenschaft, die die Autoren unterstellen, soll hier als eine „Entscheidung ‚für Deutschland‘“, als Ausdruck der patriotischen Verbundenheit markiert werden. Die Verfasser setzen voraus, daß es dafür eigentlich keine Hindernisse geben sollte. Indem sie ihre Entscheidung aber an Bedingungen knüpfen, konterkarieren sie ihren Patriotismus. Selbst für den Fall der Einbürgerung ist es ja so, daß man sich verpflichtet, als Bürger künftig für die Integrität des Landes im Extremfall sogar mit seinem Leben einzustehen. Es ist derjenige unpatriotisch, der, wenn es um die Förderung des Wohls des politischen Gemeinwesens geht, Bedingungen stellt. Die Autoren inszenieren sich als Kosmopoliten, die gönnerhaft in Betracht ziehen, in ihr Herkunftsland, von dem sie einige Distanz gewonnen haben, zurückzukehren. Dabei steht die eigene Karriere im Zentrum, wenn von „Hindernissen“ und nicht von „allgemeinen Mißständen“ die Rede ist, und die Probleme des Landes damit aus der Perspektive der eigenen Interessen gedeutet werden.

Es folgt nun eine besonders aufschlußreiche Textstelle:

„Wir begrüßen den sichtbaren Geist der Innovation in Deutschland, der sich in den bereits erfolgten und den noch geplanten Reformen der akademischen Landschaft in Deutschland widerspiegelt. Durch unsere unmittelbaren Erfahrungen mit dem deutschen sowie dem nordamerikanischen Hochschulsystem können wir wertvolle Anregungen für die Reformdebatte liefern. Aus unserer Sicht sind die folgenden Punkte essenziell, um Deutschland für rückkehrwillige Wissenschaftler aus Nordamerika attraktiver zu machen und den Wissenschaftsstandort Deutschland international wettbewerbsfähiger zu gestalten: ...“

Als offener Brief stellt dieser Text eine öffentliche Intervention dar: Zu erwarten sind eine Krisendiagnose und politisch relevante Forderungen an die Verantwortlichen. Dem entspricht der Status einer „Initiative“, denn diese drängt auf Veränderung. Entgegen solchen Erwartungen sticht an dieser Stelle aber nicht eine kritische, sondern eine selbstüberhöhende und zugleich konformistische Haltung ins Auge: Bescheinigt wird den Hochschulreformern ein „innovativer Geist“, der noch weitere fortschrittliche Entscheidungen hervorzubringen verspricht. Dabei wird die akademische Landschaft auch hier summarisch in den Blick genommen, und die Länderdifferenzen werden aus einer zentralistischen Perspektive nivelliert. Es geht um „Wettbewerbsfähigkeit“ und den „Wissenschaftsstandort Deutschland“, es wird also die Terminologie der Hochschulreformer di-

stanzlos übernommen. Selbst wenn sich in unserer weiteren Lektüre des Textes herausstellen sollte, daß Kritikpunkte diesem vorausgeschickten Lob erst folgen: Welchen Zweck haben diese Zugeständnisse? Man gewinnt den Eindruck, als solle ein antizipiertes Problem vermieden werden, daß man nämlich als fundamentalistischer Kritiker verbucht und ignoriert wird; in Reaktion darauf wird in einem defensiven Impuls die eigene Kritik im Vorfeld (vermeintlich) verdaulicher gemacht. Möglich ist freilich auch, daß es doch nur um Selbstüberhöhung und eine Positionierung in „Rückkehrverhandlungen“ geht. In jedem Fall signalisieren die Verfasser: Wir stehen auf der Seite der Reformer, nicht auf derjenigen der Bremser. Damit hat man sich auf die Terminologie der Debatte und die von den „progressiven“ Kräften geprägten Dichotomien eingelassen und eine kritische Distanz aus der Hand gegeben. Eine grundlegende, analytisch distanzierte und genaue Kritik ist im folgenden kaum mehr zu erwarten.

Im Text schließen sich nun die fünf Kritikpunkte an, die als die zentralen Hinweise des Schreibens markiert sind. Alle diese Punkte werden oder wurden in der Debatte über die Hochschulreform bereits verhandelt. Diese Punkte will ich der Abkürzung halber zusammenfassend aufzählen. Die Verfasser fordern:

- 1) „Tenure track“ soll eingerichtet werden;
- 2) Beschäftigungsverhältnisse sollen „flexibilisiert“ werden;
- 3) Berufungsverfahren sollen transparenter werden;
- 4) akademische Leistungen sollen einheitlich anerkannt werden;
- 5) schließlich sollen Hochschulen finanziell besser gestellt werden.

Die Autoren des offenen Briefes unterstellen, daß Berufungsverfahren nicht transparent sind und daß Seilschaften ihre Kandidaten durchzudrücken vermögen. Gerade wenn man diese Beobachtung ernst nimmt, stellt sich die Frage, ob sich diese Situation verbessern würde, wenn man den Vorschlägen der Autoren folgte und diese den Universitäten (und dort möglicherweise den Universitätspräsidenten) überließe. Die Wege zu einem durch die neuen Hochschulgesetze gestärkten Präsidenten sind kürzer als diejenigen zum Minister, was den Klüngel auch gerade wieder begünstigen könnte. Als Nachwuchswissenschaftler sind die Autoren vor allem von der Tenure-track-Frage berührt, aber auch nicht in jedem Fall, dies ist abhängig vom Alter und vom Zeitpunkt der Promotion. Insgesamt fällt auch hier auf, wie nah die Forderungen den Zielsetzungen der Hochschulreformen sind.

Der Brief findet seinen Abschluß in folgendem Statement:

„Wir sind leistungsbereit, leistungsfähig und begeistert für die Wissenschaft. Wir fühlen uns Deutschland verbunden, auch wenn wir derzeit im Ausland tätig sind. Wir sind bereit, mit unseren spezifischen Erfahrungen den Reformprozess der deutschen akademischen Landschaft mitzugestalten. Wir sind überzeugt davon, dass die Umsetzung der hier genannten Punkte viele von uns zu einer Rückkehr nach Deutschland bewegen würde. Wir rufen Sie als politisch und gesellschaftlich Verantwortliche auf, unsere Forderungen aufzugreifen und mit uns in Dialog zu treten.“

Ich will nur wenige Aspekte dieses an Implikationen reichhaltigen Textabschnitts markieren: Es wird unterstellt, daß der Auslandsaufenthalt der Unterzeichner so ausgelegt werden könnte, daß sie sich von ihrer Heimat auf Dauer abgekehrt haben, denn ansonsten müßten sie ihre fortdauernde „Verbundenheit“ (die Wortwahl selbst ist schon distanzierend) nicht betonen. Wie schon oben ist der Patriotismus aber nur inszeniert und ist im Grunde genommen gar keiner, denn er dient strategisch der Verlängerung des Verhandlungshebels. Die Unterzeichner stilisieren sich als universalistische Elite, die auf Deutschland „nicht mehr angewiesen“ ist, aber eine gewisse Sentimentalität dann doch nicht verhehlen kann. Diese Distanz wird auch deutlich, wenn die „Überzeugung“ geäußert wird, daß viele nach Deutschland zurückkehren würden: Es ist alles andere als selbstverständlich. Die abschließende Forderung ist unbotmäßig, denn es wird suggeriert, daß wenn die Adressaten nicht auf die Forderungen der Unterzeichner eingehen, sie ihrer Verantwortung nicht nachkommen, die diffus als „politisch und gesellschaftlich“ bezeichnet wird. Die Autoren beanspruchen, daß ihre Position die allein verantwortbare ist.

3. Zusammenfassung und Ausblick

Meine abschließenden Bemerkungen will ich mit der Frage einleiten: Was konnten die Autoren mit diesem Schreiben zu erreichen hoffen? Die angedeutete gewerkschaftsähnliche Strategie, in eine Art Verhandlung mit deutschen Politikern zu treten, um gute Rückkehrbedingungen zu schaffen, wäre illusionär und sogar vermessen. Außerdem betreffen die aufgestellten Forderungen die Stipendiaten nur indirekt – allein die Frage des „Tenure Track“ ist für sie unmittelbar relevant. Aus diesem Grund stellt sich die Frage, ob es nicht die Funktionäre der die Stipendiaten versammelnden Organisationen waren, die die

Aktion konzeptionell vorbereitet oder zumindest angeregt haben.⁵ Die Stipendiaten hätten sich dann auf das Abfassen des Briefes eingelassen und haben diesen natürlich zu verantworten. Unter dieser Bedingung jedenfalls fügen sich die verschiedenen Elemente in ein Bild: Die Stipendiaten werden mit dem Ziel mobilisiert, die „Reformer“ in Deutschland mit einer neuen Ladung öffentlichkeitswirksamer Munition zu versorgen. Es wird hier ja den verantwortlichen Politikern, nicht den Vertretern der eigenen Fachverbände oder der Profession, eine Steilvorlage geliefert, für die der Status der „Kritik aus Amerika“ ein wesentliches Moment darstellt. Als wichtiger Verhandlungshebel – diese Prämisse habe ich unausgesprochen mitlaufen lassen – dient offensichtlich der Aufenthaltsort der Stipendiaten und die Bewunderung, die amerikanischen Hochschulen in der deutschen Debatte zukommt. Diese Vermutung, die sich aus der Analyse des Briefes ergibt, wird durch Hinweise auf der Website der Initiative bestätigt: Das Abfassen des Briefes geht auf eine Idee Professor Peter Gaetgens, damals Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, zurück, der das von der German Scholars Organization durchgeführte Treffen in San Diego im September 2005 besuchte.⁶ Der Brief wurde dann in den folgenden Wochen von einer Handvoll der insgesamt etwa 160 Teilnehmer des Treffens verfaßt und von einer nicht genannten Zahl weiterer Teilnehmern per E-Mail unterschrieben. („Ohne Gegenstimme“ heißt es auf der Website der Initiative.) Hinzu kamen später etwa 500 unterstützende E-Mail-Nachrichten.

Eine wichtige Überlegung in diesem Zusammenhang allerdings ist hier nachzuliefern: Der Brief der Stipendiaten hat zur Voraussetzung, daß die deutschen Universitäten, trotz aller gegenläufiger Unterstellungen der Briefautoren, für diese selbst eine große Attraktivität besitzen, sie dies aber in der Logik des Diskursmuster, in das sie sich mit ihrem Statement einklinken, nicht zugeben können. Die Veranstaltung in San Diego, auf der die Idee zu diesem Brief entwickelt wurde, diente u. a. als eine Art Stellenbörse. Namhafte deutsche Unternehmen warben dort als mögliche Arbeitgeber für den durchweg gut aus-

⁵ Die Initiative Zukunft Wissenschaft (IZW) wird von der German Scholars Organization (GSO) logistisch unterstützt. Das Treffen in San Diego war von der GSO in Kooperation mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Alexander von Humboldt Stiftung organisiert worden. Die GSO wird zu großen Teilen von der Robert Bosch Stiftung finanziert. Siehe <http://www.gsonet.org> (1. März 2006). Weitere Sponsoren der GSO, die eine Art Stellennetzwerk darstellt: Berlex Laboratories, Carl Zeiss AG, Ernst Schering Research Foundation, Step Stone, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, VolkswagenStiftung. Das Treffen in San Diego wird näher beschrieben unter <http://www.gsonet.org/de/events/SM05SanDiego/index.htm> (1. März 2006).

⁶ <http://www.zukunft-wissenschaft.de> (27. Februar 2006). Dort: „Anlass für die Gründung der IZW waren intensive Diskussionen der mehr als 160 anwesenden deutschen Wissenschaftler mit hochrangigen Vertretern des deutschen Wissenschaftssystems über die Perspektiven für Nachwuchswissenschaftler in Deutschland.“ Und: „Prof. Peter Gaetgens, Präsident der HRK, hat diese Initiative durch seinen Vorschlag auf der San Diego Tagung angestoßen“.

gebildeten deutschen Nachwuchs in den USA, den die German Scholars Association in San Diego versammelt hatte. Den Autoren geht es aber nicht allein darum, nach Deutschland zurückzukehren, denn in diesem Fall – dies bezeugt die Anwesenheit der Unternehmen und die Stellenaussichten für gut ausgebildete Akademiker in Deutschland auch im Vergleich mit den USA insgesamt - stünden ihnen durchaus Möglichkeiten offen. – Es geht den Autoren vielmehr um die Rückkehr an eine deutsche Universität! Es können deutsche Hochschulen nicht nur nicht so schlecht sein, wie es im Brief behauptet wird, sie müssen auch im Vergleich mit amerikanischen Hochschulen sogar viele Vorzüge besitzen. Es ließe sich sonst für die Autoren kein positives Interesse für das Abfassen des Briefes unterstellen. Entscheidend ist nun aber, daß diese Qualität der deutschen Hochschulen, wie ja zu sehen war, systematisch geleugnet wird – und zwar nicht deswegen, weil die Autoren die Qualität dieser Hochschulen persönlich nicht richtig einzuschätzen wüßten, sondern weil es der deutsche öffentliche Diskurs verbietet, eine solche Einschätzung vorzunehmen. Daß man es sich nicht um die Wahrnehmung einzelner, sondern um die Logik eines eingerichteten Diskurses handelt, machen die Reaktionen deutlich, die der offene Brief bei den angesprochenen Politiker und bei Journalisten hervorrief.

Es überrascht wenig, daß Bundesministerin Edelgard Bulmahn die Steilvorlage verwandelte. In ihrem Brief an die Initiative, der dann ebenfalls publik gemacht wurde, kann sie sich für den an sie gerichteten offenen Brief – ein Protestschreiben! – bedanken: „Er ist eine große Unterstützung für den begonnenen Reformprozeß an Deutschlands Hochschulen.“ Frau Bulmahn setzt sich an die Spitze der Initiative „Zukunft Wissenschaft“ und „ermuntert“ die Wissenschaftler zur Rückkehr: „Sie werden kein gemachtes Nest vorfinden Aber Sie finden eine Hochschul- und Forschungslandschaft im Aufbruch.“ Hilfe und Unterstützung im Reformprozeß der Nachwuchswissenschaftler ist schon deswegen vonnöten, so läßt sie durchblicken, weil die älteren Kollegen, die Professorinnen und Professoren, gegenüber der Idee einer Juniorprofessur skeptisch blieben. Der Brief vermittelt die für die Reformen insgesamt charakteristischen Momente, die auch dem offenen Brief an Frau Bulmahn zu entnehmen waren: Probleme sind tendenziell zentralstaatlich zu lösen; es gehe um die Steigerung einer „Effizienz“; und es hänge die „Zukunft der Volkswirtschaft“ vom Gelingen der Reformen ab. Frau Bulmahn beschließt ihren Brief mit einer Einladung zu einem Treffen, aus dem, wäre sie im Amt ge-

blieben, angesichts der Übereinstimmungen nur eine PR-Veranstaltung hätte werden können.⁷

Auf die Antwort der Bundesministerin am 7. Oktober folgten zwischen dem 19. Oktober und dem 7. Dezember die Antworten der Landesminister, die im großen und ganzen in dieselbe Richtung gehen. Die Intervention der „Auslandswissenschaftler“ wird in fast allen Fällen ausdrücklich begrüßt, und die Minister bemühen sich hervorzuheben, daß viele der Forderungen bereits erfüllt seien. Die Sprache der Hochschulreform ist vor allem in den Antwortschreiben aus Brandenburg und Nordrhein-Westfalen wiederzuerkennen. Professor Andreas Pinkwart etwa möchte die Auslandswissenschaftler „neugierig machen auf den Standort Nordrhein-Westfalen“ und verweist auf das dortige „Hochschulfreiheitsgesetz“. In Rheinland-Pfalz und Bayern wird ein etwas kritischerer Ton gewählt. Bayern hatte gegen die Beseitigung der Habilitation geklagt und der bayerische Staatsminister insistiert auf die Zuständigkeit des Landes in Hochschulangelegenheiten. Professor Jürgen Zöllner will als Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur die Nachwuchsforscher „mit der Hochschulwirklichkeit des Landes Rheinland-Pfalz im Jahr 2005 ... konfrontieren“.⁸ So schreibt er beispielsweise, daß ihm bei der Anerkennung akademischer Leistungen keine Probleme bekannt seien.

Wie eingangs erwähnt, berichtete die deutsche Presse ausgiebig über den offenen Brief. Aus der Briefanalyse hat sich eine Diskrepanz zwischen der gewählten Form (des offenen Briefes als Kritik) und dem Inhalt (vornehmlich Zustimmung anstelle von Kritik) ergeben. Diese Diskrepanz wird in den Presseberichten und Kommentaren aber nicht thematisiert. Die Initiative stößt mit ihrem offenen Brief auf uneingeschränkte Zustimmung, ja sogar Begeisterung. Bereits einen Tag, nachdem der Brief per E-Mail an die Minister der Länder gesandt worden war, berichteten Die Zeit und Der Spiegel in seiner Internetausgabe über die Initiative. Der Spiegel übernahm die Darstellung der Autoren, die sich als Auswanderer, die nach Deutschland zurückkehren möchten, in Szene gesetzt hatten, und fand die Kritik „eher selbstbewußt und konstruktiv“.⁹ Wenige Tage später erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein langer Artikel, in der über die Initiative berichtet wurde: „[M]an darf neugierig sein,“ war dort zu lesen,

⁷ Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, an die Initiative Zukunft Wissenschaft, 7. Oktober 2005, als PDF-Datei verfügbar unter <http://www.zukunft-wissenschaft.de> (27. Februar 2006).

⁸ Professor Dr. Jürgen Zöllner an Professor Dr. Eicke R. Weber, 11. November 2005, http://astron.berkeley.edu/~areiners/izw/Antwort_RheinlandPfalz_111105.pdf (7. März 2006).

⁹ *Der Spiegel Online*, 30. September 2005, als PDF-Dokument abrufbar unter <http://www.zukunft-wissenschaft.de> (27. Februar 2006).

„ob aus dieser Richtung in Zukunft noch mehr zu hören sein wird, ob die deutsche Forschungslandschaft interessant genug bleibt, um das Interesse wachzuhalten“¹⁰

Aus dem Presseecho ergibt sich ein einheitliches Bild. Journalisten sind sich mit den angesprochenen Politikern darüber einig, daß die Initiative wichtige Impulse zu liefern vermochte.¹¹ Insofern, als der offene Brief von vornherein darauf ausgelegt war, die Protagonisten der Hochschulreformen in der deutschen Öffentlichkeit mit Munition zu versorgen, ging die Rechnung vollständig auf.

Zur Voraussetzung hat eine solche Strategie ein Diskursmuster, in welches sich die unterschiedlichen Interessen eintragen lassen. Funktionäre wie Professor Gaetgens können den Diskurs nutzen, um die deutschen Hochschulen, die sie zu reformieren suchen, unter Druck zu setzen. Deutsche Universitäten werden als überholt betrachtet und es wird ihnen das amerikanische Modell entgegengesetzt. Nachwuchswissenschaftler, die zeitweilig in den USA tätig sind, können sich von hier aus als Elite begreifen – ein Status, dessen sie sich durch das Abfassen eines offenen Briefes versichern. Ist ein offener Brief erst einmal in Umlauf, müssen sich dann auch die anderen deutschen Wissenschaftler in den USA anschließen, weil sie sonst Gefahr laufen, nicht auch zur Elite gezählt zu werden. Es überrascht also nicht, daß der Brief die Unterstützung von etwa 500 deutschen Wissenschaftlern in den USA fand.¹² Insgesamt jedoch macht eine Analyse des Briefes deutlich, unter welchen Zwängen das deutsche Hochschulsystem operiert, die sich auch nicht durch einen Vergleich mit dem „amerikanischen Modell“ auflösen. Interessant wäre nun, der Frage nachzugehen, ob und wie sich amerikanische Interessen ebenfalls in diesen Diskurs einklinken und ihn sich zunutze machen, aber dies ist eine Frage, die im Rahmen dieser Ausführungen unbeantwortet bleiben muß.

¹⁰ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7. Oktober 2005, S. 38.

¹¹ Hinzu kommen hier weitere Presseberichte, so etwa im Deutschlandradio am 7. Dezember 2005, *Stern* (5. November 2005), *Focus* (3. November 2005), *Neue Zürcher Zeitung* (Interview mit Prof. Dr. Eicke Weber, 3. November 2005) u.a. Allgemein wird der Brief in einen Zusammenhang um ein „Brain Drain“-Phänomen gestellt.

¹² Im Brief selbst ist zu lesen, daß er „von den Teilnehmern des Treffens in San Diego einstimmig angenommen sowie von XYZ [sic] weiteren deutschen Auslandswissenschaftlern unterstützt“ wird. Genauere Informationen sind zu finden auf der Website der Initiative (<http://www.zukunft-wissenschaft.de>).